

Beschlußempfehlung und Bericht **des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuß)**

zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Scheer, Horn, Dr. Ehmke (Bonn), Bahr, Dr. von Bülow, Fuchs (Verl), Büchner (Speyer), Erler, Gansel, Heimann, Heistermann, Hiller (Lübeck), Ibrügger, Dr. Klejdzinski, Opel, Dr. Soell, Stobbe, Verheugen, Voigt (Frankfurt), Dr. Vogel und der Fraktion der SPD
— Drucksache 11/6309 —

Abrüstung und Sicherheit 1990

A. Problem

Die politischen Entwicklungen in den Staaten des Warschauer Pakts haben zu tiefgreifenden Veränderungen im Verhältnis zwischen NATO und Warschauer Pakt und in den Beziehungen zwischen ihren Mitgliedstaaten geführt. Damit hat sich die Ausgangslage für die Abrüstungs- und Sicherheitspolitik in Europa verändert.

B. Lösung

Der demokratische Wandel in Mittel-, Ost- und Südosteuropa muß durch die Abrüstungs- und Sicherheitspolitik unterstützt werden: Freiwerdende Mittel aus reduzierten Rüstungsprogrammen und verminderten Streitkräften sollen zur Stärkung der Demokratie und ihrer wirtschaftlichen Entwicklung investiert werden.

Konsequente Abrüstungsmaßnahmen von Nuklearwaffen, Reduzierung konventioneller Potentiale, Abzug der chemischen Waffen aus der Bundesrepublik Deutschland und ihr weltweites Verbot, deutsche eigenständige Maßnahmen zur Rüstungsbeschränkung und einer Reform der Bundeswehr werden als geeignete Schritte gefordert, der völlig veränderten sicherheitspolitischen Lage in Europa Rechnung zu tragen.

Ablehnung mit Mehrheit im Ausschuß

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Durch die mit dem vorliegenden Antrag vorgeschlagenen Maßnahmen und mit ihnen verbundene Senkung von Verteidigungsausgaben sollen Haushaltsmittel freigemacht und bereitgestellt werden auch für den ökonomischen und ökologischen Umbau in der DDR und Osteuropa sowie für die Entwicklung der Dritten Welt.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag — Drucksache 11/6309 — abzulehnen.

Bonn, den 19. September 1990

Der Auswärtige Ausschuß

Dr. Stercken	Lamers	Dr. Scheer	Dr. Feldmann	Frau Beer
Vorsitzender	Berichterstatler			

Bericht der Abgeordneten Lamers, Dr. Scheer, Dr. Feldmann und Frau Beer**I.**

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 204. Sitzung vom 29. März 1990 den Antrag — Drucksache 11/6309 — dem Auswärtigen Ausschuß federführend und zur Mitberatung dem Verteidigungsausschuß und dem Haushaltsausschuß überwiesen.

II.

Der Haushaltsausschuß hat den Antrag in seiner Sitzung am 30. Mai 1990 beraten und mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Fraktion der SPD und die Fraktion DIE GRÜNEN abgelehnt.

In einer von der antragstellenden Fraktion der SPD beantragten Einzelabstimmung hat er mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion DIE GRÜNEN auch die unter den Punkten 1, 2, 3 und 6 formulierten Anträge der Vorlage abgelehnt.

III.

Der Verteidigungsausschuß hat zu dem Antrag — Drucksache 11/6309 — nicht Stellung bezogen.

IV.

Der federführende Auswärtige Ausschuß hat den Antrag — Drucksache 11/6309 — in seiner 80. Sitzung am 19. September 1990 beraten.

Die Berichterstatter der Koalitionsfraktionen schlugen zunächst der antragstellenden Fraktion der SPD vor, den Antrag zurückzuziehen, da große Teile erledigt seien und die Bundesregierung durch eigene Maßnahmen Forderungen entsprochen habe. Der Abzug amerikanischer Chemiewaffen vom Gebiet der Bundesrepublik Deutschland stehe unmittelbar vor dem Abschluß.

Der Berichterstatter der Fraktion der SPD betonte, der Antrag, auch wenn er zu Beginn des Jahres 1990 formuliert sei, könne nicht als erledigt angesehen werden, und bat um Zustimmung. Zwar sei nach Meinung ihrer Fraktion der Antrag insgesamt nicht ausreichend, erklärte die Berichterstatterin der Fraktion DIE GRÜNEN, sicher aber sei er, vor allem in den Fragen des Nuklearbereichs, nicht als erledigt zu betrachten.

Der Berichterstatter der Fraktion der FDP listete die durch Initiative der Bundesregierung, durch Maßnahmen der Alliierten und durch internationale Vereinbarungen politischen Ergebnisse im Sinne des Antrags auf; trotzdem wurde der Antrag — Drucksache 11/6309 — als Ganzes zur Abstimmung gestellt. Mit der Mehrheit der Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen zahlreiche Gegenstimmen und bei einer Enthaltung wurde der Antrag abgelehnt.

Bonn, den 19. September 1990

Lamers Dr. Scheer Dr. Feldmann Frau Beer
Berichtersteller